

Dieses Blatt erscheint in der Woche
zweimal.

Abonnements-Preis:
vierteljährlich für Berlin 7 M 50 Pf.,
für ganz Preussen, das übrige
Deutschland und ganz Oester-
reich 9 M.

Insertions-Gebühr:
die viergespaltene Zeile 40 Pf.

Alle Postanstalten, Zeitungs-Spediteure und unsere Expedition nehmen Bestellungen an.

Als Gratis-Beilagen erscheinen
ausser anderen
tabellarischen Uebersichten
eine Zusammenstellung
aller Submissions-,
Allgemeine Verlosungs-Tabellen
und Restanten-Listen.

Die einzelne Nummer kostet 25 Pf.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Telegraphische Depeschen.

Glasgow, 11. Februar, Vorm. 11 Uhr 10 Min.
(C. T. C.) Roheisen. Mixed numbers warrants
41 sh. 1 d.

Wien, 10. Februar, Abends. (C. T. C.) Die
Blätter der Linken melden, der Club der Linken
wolle für das Eingehen in die Specialdebatte der
Gebührennovelle stimmen; derselbe sei mit der
Börsensteuer, der Besteuerung des Effectenver-
kehrs und der ausländischen Werthpapiere ein-
verstanden. Der Club werde für die bezüglichen
Paragraphen stimmen. Dagegen werde derselbe
sich gegen die Bestimmungen betreffs der Über-
tragung der unbeweglichen Güter, der Gebüh-
renpflicht bei der Intabulation der Kaufschilling-
reste und der Stempelrecht bei der kaufmänni-
schen Correspondenz erklären und womöglich die
Aufrechterhaltung des status quo anstreben.

London, 10. Februar, Abends. (C. T. C.)
Wie es heisst, beabsichtige die Regierung, von
den Reserviren 10 000 Mann Infanterie einzuberufen.
Den Waffendepots sind Befehle zur Lieferung
der erforderlichen Ausrüstungsgegenstände zu-
gegangen.

London, 11. Februar, früh. (C. T. C.) Die
„Times“ sprechen sich erneut für die Notwen-
digkeit aus, in den Ländern zwischen dem Nil
und dem Rothen Meere eine permanente, unter
Englischem Einfluss stehende Regierung herzu-
stellen. Die Herstellung einer solchen Regierung
sei, welchen Schwierigkeiten sie auch unterliegen
oder welche Kosten sie auch verursachen möge,
das wesentliche Erfordernis für die dauernde
Pacificirung des östlichen Sudan. — Ein Tele-
gramm der „Daily News“ aus Gadkul v. m.
S. d. M. sagt: Aus Khartum entkommene Eingeborene
bestätigen, dass Gordon getödtet wurde,
als er aus dem Hause trat, um die ihm treu ge-
liebten Truppen zu sammeln. Letztere wur-
den sämmtlich von den Aufständischen nieder-
gemacht. Bei dem mehrere Stunden dauernden
Gemetzel wurden selbst Frauen und Kinder
nicht verschont, auch alle Notablen von Khartum
mit Ausnahme zweier zum Feinde übergegan-
gener Paschas fanden dabei den Tod.

London, 11. Februar. (Privat-Depesche der
Berliner Börsen-Zeitung.) Die gestrige New-
Yorker Börse verkehrte in sehr fester Tendenz;
der Schluss war etwas abgeschwächt. Illinois Central
Shares 125,50, Chicago Milwaukee & St. Paul Shares
74,25, Canada Southern Shares 31, New York
Ontario & West. ordin. Shares 10½, Northern
Pacific common Shares 17, Denver & Rio Grand
Shares 7¾, 7¾ Denver und Rio Grand cons.
Bonds 46½, Erie Second Mortgage Bonds 54½.

Kortz, 9. Februar, Abends. (C. T. C.)
(Telegramm des „Reuter'schen Bureau's“) Wilson,
Stuart und Wortley, die nach einer 4tägigen
Reise von Gubat hier eingetroffen sind, haben
die Meldung überbracht, dass General Gordon
getödtet sei. Ueber die Einzelheiten der Ein-
nahme von Khartum berichtet ein von Oberst
Bocawen in Gubat abgeordneter Bote, ein ver-
wundeter Pascha habe d'e Garnison von
Khartum seitwärts von Khartum bis nach Om-
durman hin marschiren lassen, unter dem Vor-
geben, dass auf dieser Seite ein Angriff des
Mahdi zu erwarten sei, ein anderer Pascha habe
während dessen die Thore Khartums öffnen
lassen, die Aufständischen seien mit grosser
Macht in dem Augenblick, in welchem er das
Gouvernementshaus verlassen, einen Dolchstoß
erhalten.

(Siehe auch am Schluss des Blattes.)

Berlin, den 11. Februar.

— Deutscher Reichstag. 46. Sitzung vom
11. Februar 1885.

Am Tische des Bundesraths: v. Boetticher,
Dr. Lucius, v. Burchard.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die
Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Abg. Niebour (l. Oldenburg) hat sein Mandat
niedergelegt.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und

erledigt ohne Discussion die dritte Lesung der
Rechnung der Kasse der Oberrechnungskammer
für 1882/83.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Berathung
der Novelle zum Zolltarif.

Abg. Bebel: Als vor sechs Jahren dieser Zoll-
tarif uns vorgelegt wurde, ward von der Regie-
rung uns eine neue Aera wirtschaftlichen Auf-
schwungs verkündet. Es wird aber wohl Niemand
behaupten wollen, dass diese Verkündigung
Wahrheit geworden ist, weder bei uns noch
irgend wo. Helfen kann der Schutzzoll freilich,
aber nur auf sehr kurze Zeit. Denn alsbald muss
innerhalb der geschützten Industrie, der sich
natürlich sofort das Capital bemächtigt, eine Ueber-
production sich geltend machen und der frühere
Nothstand ist sofort wieder da. Nun meint man,
die Schutzzölle, durch das beständige Ab-
schliessen, der Deutschen Industrie eine Reihe früher
Absatzgebiete entzogen worden sind, wodurch
dann natürlich eine Beschränkung der Industrie
und Herabsetzung der Arbeitslöhne eintreten
muss. — Der heutigen Vorlage wird gar bald
eine ähnliche folgen müssen, denn durch diese
Schutzzollpolitik wird die ganze Industrie revolu-
tionirt, und bereits sind ja auch neue Zölle für
Wolle, Flachs etc. gefordert worden. Wer trägt
dann nun aber die Kosten dieser Zölle? Ein-
zig und allein der kleine Mann, so z. B. bei
dem Holzoll der kleine Drechsler und so
ist es immer der kleine Industrielle. Statt durch
den Holzoll, der die kleine Industrie schädigt,
die Waldbesitzer zu unterstützen, sollte man lieber
zu einer rationelleren Waldkultur, der staatlichen
wie privaten, sich entschliessen. Wenn der Holz-
oll wirklich, wie hier gesagt worden, für die
ärmeren Klassen nützlich ist, dann ist es
doch sehr sonderbar, dass aus keiner ein-
zigen kleinen ländlichen Gemeinde Petitionen
auf Erhöhung des Holzoll'es eingegangen
sind. — Was nun die Kornzölle betrifft, so er-
giebt eine von mir aufgestellte Berechnung, dass
mehr als die Hälfte ländlicher Familien durch
die Kornzölle Schaden hat. (Ruf rechts: Das
beweist nichts!) Aber Worte beweisen noch
weniger, besonders wenn sie von Interessenten
kommen. (Beifall links.) Bedenken Sie, dass
in Deutschland 17 Familien einen Landbesitz von
440 Quadratmetern haben, das ist soviel, wie
etwa das ganze Königreich Sachsen. Nun be-
rechnen Sie, wie sehr diesen Familien die Ge-
treide- und Holzölle zu Gute kommen wer-
den. Aber diese grossen Zuschüsse werden
diese grossen Besitzter nicht für die Aufbe-
seinerung der Arbeiterlöhne, sondern zu weiterem
Landerwerb verwenden und die kleinen Be-
sitzer immer mehr verdrängen. Es ist aus
statistischen Nachweisen klar ersichtlich, dass
Brod die Hauptnahrung für die ärmeren Klassen
ist, und so ist der Kornzoll nichts Anderes
als eine progressive Steuer auf die Armuth!
(Beifall links) Und wäre diese Vorlage mit
ihren Kornzöllen und Holzöllen vor den
Wahlen bekannt geworden, dann wären wahr-
lich die Wahlen anders ausgefallen. (Wider-
spruch rechts.) Herr von Kleist-Retzow hat
vor sechs Jahren verkündet, der Zolltarif wird
die Zahl der Käufer vermehren, die Wangen der
Verkäufer röthen und sie gern 2½ Pfennig für
das Brod mehr zahlen lassen — fragen Sie ein-
mal im Lande herum, ob das in Erfüllung ge-
gangen ist. Sie wollen den Export erhöhen und
machen durch Vertheuerung der Lebensmittel es
dem Arbeiter unmöglich, für einen billigen Lohn
zu arbeiten, ohne den Sie doch beim Export
nicht an der Concurrenz sich betheiligen können.
Sie sprechen vom Nothstand der Grossbesitzer
und übersehen den der kleinen Bauern, dem es
an Maschinen zur Landbebauung fehlt, dem die
Söhne, sobald sie brauchbar geworden sind,
auf drei Jahre als Soldaten entzogen werden.
Der dreijährige Aufenthalt in der Stadt nun giebt
den ländlichen Tagelöhnern eine ganz andere
Lebensanschauung und führt nothwendig zur all-
mählichen Revolutionirung der kleinen Landleute,
die sich ausser Stande sehen, von den modernen
technischen Errungenschaften Gebrauch zu machen.

Die Agrarzölle können nur den Hass der kleinen
gegen die grossen Landwirthe wecken. Eine
andere Vertheilung des ländlichen Bodens wird
schliesslich die Folge all Ihrer Bestrebungen sein
und so hätten wir Ihnen eigentlich nur dankbar
zu sein, dass Sie unseren Bestrebungen so wirk-
sam vorarbeiten.

Während dieser Rede ist Fürst Bismarck
eingetreten.

(Schluss des Blattes.)

— Abgeordnetenhaus. 17. Sitzung vom
11. Februar 1885.

Am Ministertisch: Dr. Friedberg.
Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um
11 Uhr 20 Min.

Eingegangen ist ein Antrag des Abg. Ehrh.
v. Huene auf Ueberweisung der Erträge aus
den landwirthschaftlichen Zöllen an die Com-
munen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die
Berathung des vom Abg. Bödiker gestellten An-
trages auf Annahme folgenden Gesetzes:

„Wer in auswärtigen Lotterien, die nicht in
den Preussischen Staaten besonders zugelassen
werden, spielt, wer sich dem Verkaufe der
Loose zu dergleichen auswärtigen Lotterien
unterzieht, oder einen solchen Verkauf als
Mittelperson befördert, wird mit Geldstrafe bis
1500 M bestraft.“

Abg. Bödiker (Centrum): Unser Antrag
will, dass in der ganzen Monarchie das
Spielen in ausländischen Lotterien gleich-
mässig verboten sein soll. In den alt-
ländischen Provinzen werden jetzt die Lotterie-
vergehen mit Geldstrafe, und zwar bis zu
1500 M bestraft, während in den neu er-
worbenen Landestheilen für das nämliche Lotterie-
vergehen die angeordnete Straf-Gefängnis bis
zu zwei Jahren und wahlweise Geldstrafe bis zu
dreitausend Mark. Diese Ungleichheit der Ge-
setzesbestimmungen in den einzelnen Theilen der
Monarchie ist oft schwer empfunden worden.
Auf eine Aenderung dieser Ungleichheit ab-
zielende Petitionen hat das hohe Haus der Re-
gierung zur Berücksichtigung überwiesen, die
Regierung erklärte darauf, eine Aenderung der
Strafskala sei nicht erforderlich, da doch nur die
geringen Strafsätze eintreten. Wozu aber dann
diese Ungleichheiten? Stimmen Sie unserem An-
trage daher bei, besitzigen Sie die Ungleichheiten,
die namentlich in dem Strafverfahren empfind-
lich berühren und stellen Sie das gleiche Recht,
wie es während der Herrschaft des Preussischen
Strafgesetzbuches bestand, für alle Landestheile
wieder her.

Abg. Francke (nationalib.) beantragt dagegen
folgende Bestimmung: „Wer in ausserpreuss-
schen Lotterien, die nicht mit Königlich-er-
genehmigung in Preussen zugelassen sind, spielt,
wer sich dem Verkaufe von Loosen zu derg-
leichen Lotterien unterzieht oder einen solchen
Verkauf als Mittelperson befördert, wird mit
Geldstrafe von 20—600 M, wer gewerbsmässig
den Verkauf solcher Loose betreibt oder beför-
dert, mit Geldstrafe von 300—3000 M bestraft.“

Abg. Westerburg (freis.): Der von mir mit-
unterzeichnete Antrag des Abg. Bödiker will die
Rechtsgleichheit in dieser Frage für ganz Preussen
einführen. Mir ist z. B. ein Fall bekannt, in dem
mehrere Personen, die gemeinsam ein Loos in
einer ausserpreussischen Lotterie spielten, be-
straft wurden und zwar wurden Geldstrafen von
3 M für die einzelnen Spieler verfügt mit Aus-
nahme eines Spielers, der mit 50 M Geld-
strafe belegt wurde, weil er Rechtsanwalt ist.
(Heiterkeit.) Zahlreiche materielle Gründe sprechen
zweifelloos für die völlige Aufhebung des Verbots,
denn es entspricht nicht dem rechtlichen Stand-
punkte, Dinge zu bestrafen, deren Ausübung
Niemand für strafbar hält. Der Antrag Francke
enthält vielleicht eine Verbesserung des Bödiker-
schen Antrages, aber mir scheint eben eine ma-
terielle Berathung des Antrages aus dem vorhin
erwähnten Grunde nicht angezeigt.

Die Discussion wird geschlossen und sodann
beide Anträge auf Antrag des Abg. v. Minnige-
rode der Justizcommission überwiesen.

Es folgen Petitions-Berichte.

Gutsvorsteher Troedel zu Neuberun petitionirt.